

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

26.2.1925 (No. 48)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Zeitung Nr. 14  
Verleger:  
Nr. 953  
und 954  
Verlagsdruckerei  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Beantwortung  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
E. K. M. e. u.  
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und anderswo frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein  
Einzelteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassentabatt gilt und vermindert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche  
Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangs-  
weiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in  
unserer Lieferant, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für  
unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### China und die Mächte

#### Englands, Japans und Amerikas Stellung zu der provisorischen Regierung in China

Aus Mukden, Ende Januar, wird uns geschrieben:  
Wie in Peking, so hat man auch hier im Norden kein allzu großes Vertrauen zu der Stabilität der provisorischen Regierung, die an Stelle der davongegangenen Chih-ji-Männer Tiao Kun und Wu Pei-fu getreten ist. Die hiesige japanische Presse ist nicht nur selbst skeptisch gestimmt, sondern sie nimmt auch an, daß die an China besonders interessierten Großmächte England, Japan und die Vereinigten Staaten nur geringes Vertrauen zu der Neuordnung der Dinge haben. Als am pessimistischsten wird die Auffassung Englands angesehen. Großbritannien vertritt allerdings vorläufig noch den Grundsatz der Nichteinmischung, aber die allgemeine Meinung der Engländer gehe dahin, daß Tuan Chi jui nicht auf die Dauer die schwierige Lage werde beherrschen können. Dann aber würden noch größere Unruhen und Kämpfe zu erwarten sein als die des letzten Herbstes und dann würde auch die Politik der Nichteinmischung sich nicht mehr aufrecht erhalten lassen. Deshalb sei in England schon viel davon die Rede, zum Schutze der eigenen Interessen Truppen zu entsenden und einzugreifen, wenn auch die Engländer in China selbst es einstweilen vorzögen, von dieser Eventualität noch nicht zu sprechen.

Die augenblicklich siegreiche Anfu-Partei erfreut sich des Wohlwollens Japans, was, wie die Japaner selbst annehmen, in England ein gewisses Mißtrauen hervorruft. Wenn England trotzdem die Regierung Tuan Chi jui de facto anerkannt hat, so ist das nach japanischer Auffassung aus zweifachem Grunde geschehen, einmal um Japans Empfindungen nicht zu verletzen und zweitens, um Japan als dem nächsten Nachbarn Chinas in dem Kampfe gegen die Bolschewisierung Chinas moralisch zu unterstützen. Zu dieser Rücksichtnahme auf die Empfindungen der Japaner werde England auch dadurch veranlaßt, daß es, falls ein Eingreifen erforderlich erscheint, zusammen mit Japan vorgehen möchte. Für ein solches gemeinsames Handeln besteht auch in Japan viel Sympathie und es ist dort schon der Ruf nach einem Eingreifen im Bunde mit England laut geworden.

Ganz anders ist die Auffassung Amerikas. Die hiesigen Japaner sind davon überzeugt, daß die Amerikaner nicht einen Soldaten zum Zwecke der Einmischung entsenden werden, es sei denn, daß etwa bei neuen Unruhen in China lebende Amerikaner in Lebensgefahr geraten sollten. Amerika will an dem Grundsatze festhalten, den es schon seit Jahren konsequent befolgt, die Empfindungen Chinas zu schonen und sich deshalb nicht einzumischen, um für die Zukunft aus dieser Rücksichtnahme auf das chinesische Rationalgefühl wirtschaftliche Vorteile herzuleiten.

Die pessimistische Auffassung der Gesamtlage in China war hier besonders stark im ersten Teile des Monats Januar, als Chang Tso-lin noch nicht nach Mukden zurückgekehrt war. Seine lange Abwesenheit hat damals selbst in ihm sonst wohlgesinnten Kreisen viel Mißstimmung erregt und es wurde vor allem in der japanischen Presse Mißtrauen betont, daß die Bevölkerung der Mandchurie, je länger Chang Tso-lin in Tientsin bliebe, ihm immer mehr entfremdet würde. Auch erregten die großen Ausgaben für die Expedition nach Süden hin und für die Armee in Tientsin, die durch hohe Steuern aufzubringen sein würden, sowohl bei der Landbevölkerung wie bei den Kaufleuten starken Unwillen. Ein japanisches hiesiges Blatt ging sogar so weit anzudeuten, daß wenn Chang Tso-lin nicht auf die Wünsche des Volkes Rücksichten nehmen sollte, ihm daselbe Schicksal treffen könnte, wie es seinen alten Feind Wu Pei-fu getroffen hat.

Nachdem aber Chang Tso-lin Mitte Januar zurückgekehrt war, wurde die Stimmung hier wesentlich beruhigter. Wenige Tage nachdem ihm das Schicksal Wu Pei-fus angedroht worden war, wurde er als der Mann gefeiert, dem das Hauptverdienst an den bisherigen Ergebnissen der Einigung Chinas anzuschreiben wäre. Er sei als Sieger zurückgekehrt und könne von seinen Erfolgen durchaus befriedigt sein. Denn jetzt sei er es, der in Peking einen maßgebenden Einfluß ausübe, ja man dürfe von seinem internationalen Ansehen sprechen.

Wie vorher der Pessimismus, so erscheint jetzt der Optimismus als reichlich übertrieben. Denn die Lage der

Zentralregierung ist noch immer so unsicher, daß man nicht wissen kann, wie bald vielleicht Chang Tso-lin erneut wird eingreifen müssen, auch ohne von persönlichem Ehrgeiz getrieben zu sein.

### Ernstes Befinden des Reichspräsidenten

W.D. Berlin, 26. Febr. (10 Uhr vormittags). Die behandelnden Ärzte geben über die Erkrankung des Reichspräsidenten folgenden Bericht: „Der Reichspräsident erkrankte am Montag, den 23. Februar ganz plötzlich an einer schweren Blinddarmentzündung, die des nachts eine Operation notwendig machte. Trotz der bald nach der Erkrankung vorgenommenen Operation war der Bournfortsch des Blinddarmes brandig und in die Bauchhöhle durchgebrochen, so daß eine allgemeine Bauchfellentzündung vorlag. Der Verlauf war bis gestern abend zufriedenstellend. Wie gewöhnlich am dritten Tag nach der Erkrankung setzte heute Nacht eine Verschlimmerung der Bauchfellentzündung ein, so daß der Reichspräsident eine unruhige Nacht verbrachte. Heute Morgen ist das Befinden besser, doch ist der Zustand ernst.“

Der österreichische Gesandte Dr. Niebl stattete am Mittwoch dem Staatssekretär Weisner einen Besuch ab und übermittelte für den Reichspräsidenten Anteilnahme und die besten Wünsche des österreichischen Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers. Ferner haben eine weitere Anzahl von Mitgliedern des Berliner diplomatischen Korps ihrer Teilnahme an der Erkrankung des Reichspräsidenten Ausdruck gegeben. Ebenso haben die Gesandten und Vertreter der deutschen Länder bei der Reichsregierung teils persönlich, teils schriftlich ihre und ihrer Regierungen Wünsche für die baldige Wiederherstellung des Reichspräsidenten ausgesprochen. Aus allen Teilen des Reiches ist weiter eine Fülle von telegraphischen und brieflichen Teilnahmebekundungen eingelaufen.

### Die Umgestaltung der Rentenbank

Der Gesetzentwurf über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt ist nunmehr dem Reichstage zugegangen.

Der Entwurf bestimmt in § 1: Zur Beschaffung und Gewährung von Krediten für Zwecke der deutschen Landwirtschaft wird unter dem Namen „Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, landwirtschaftliche Zentralbank“ eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit dem Sitz in Berlin errichtet. Als Aufgabe der Anstalt wird die Beschaffung und Gewährung von Krediten für Zwecke der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Zweigen bezeichnet. Die Rentenbank-Kreditanstalt wird ihre Darlehen jedoch nicht direkt an die einzelnen Landwirte, sondern nur an andere Kreditinstitute zur weiteren Verleihung an die Landwirte geben. Solche Institute sind ausserhalb der Preussische Zentralgenossenschaftsbank, alsdann die Landwirtschaftsbank, die deutsche Girozentrale, die Staatsbanken der Länder, die Privatnotenbanken, sowie eine Gruppe kleinerer Agrarbanken. Die genannten Kreditinstitute erhalten die Darlehen zum Zwecke der Verforgung der deutschen Landwirtschaft mit Real- und Personalkrediten gewährt.

Über das Eigenkapital der Kreditanstalt besagt der Gesetzentwurf, daß „es aus den ihr bei der Errichtung gemäß § 9 des Gesetzes über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen überwiesenen Mittel der Deutschen Rentenbank gebildet wird.“ Danach stehen der Rentenbank-Kreditanstalt als Eigenvermögen zunächst 200 Millionen Mark zur Verfügung. Das Kapital soll einstmals bis zu 500 Millionen Mark anwachsen dürfen. Im übrigen ist in dem Gesetzentwurf vorgesehen, daß zur Verbriefung relativ kurzfristiger Kreditansprüche die Rentenbank-Kreditanstalt „Darlehen auf die Dauer von mindestens einem Jahr aufnehmen darf“. Hierbei ist an die Möglichkeit gedacht, aus den verfügbaren Mitteln des Reparationsagenten Darlehen zu erhalten. Ferner sollen Mittel zu Schuldverschreibungen auf den Inhaber flüssig gemacht werden können, wobei im besonderen in Aussicht genommen ist, solche Obligationen im Auslande unterzubringen. Hierauf bezogen sich auch die in letzter Zeit aufgetauchten Meldungen über amerikanische Anleihen an die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt. Die Schuldverschreibungen können bis zum achtfachen Betrage des Kapitals der Kreditanstalt mit Genehmigung der Reichsregierung ausgeben werden.

Die Rentenbank-Kreditanstalt sieht, wie es in § 4 des Entwurfs heißt, unter Aufsicht des Reiches. Im übrigen ist die Anstalt an der Handels- und Geschäftsführung selbst beteiligt. Die Reichsregierung hat den Reichsrat über den Geschäftsbetrieb der Anstalt zu unterrichten. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt hat einen Vorstand, einen Verwaltungsrat und eine Anstaltsversammlung. Vorsitzender des Verwaltungsrates ist der Präsident der Rentenbank Lenze. Die weiteren 11 Mitglieder des Verwaltungsrates, die an die Anstaltsversammlung berufen werden, sollen 3 Vertreter des Landwirtschaftsrates, 2 des Reichslandbundes, 2 der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, 2 des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften und 2 der Raiffeisengenossenschaften sein. Die 8 vom Reichsrat zu bezeichnenden Mitglieder des Verwaltungsrates werden Vertreter der zu vermittelnden Kreditinstitute sein.

Wie mehrere Blätter melden, fand der Gesetzentwurf über die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt bereits das Einverständnis sämtlicher beteiligten landwirtschaftlichen Organisationen

### Militärkontrolle und Kölner Frage

#### Eine interalliierte Konferenz

Militärkontrolle und Kölner Fragen sollen nun eine interalliierte Konferenz beschäftigen. „Daily Telegraph“ meldet aus Paris, der Gedanke der interalliierten Konferenz, auf der die deutsche Abrüstung und die Sicherheitsfrage erörtert werden sollen, scheint in Regierungskreisen Boden zu gewinnen.

Der „Petit Parisien“ berichtet über eine Unterredung Herris mit dem englischen Botschafter Lord Greve. Es sei anzunehmen, daß sie auch über den Bericht der Militärkontrollkommission und die Möglichkeit einer Begegnung zwischen Herris und Chamberlain gesprochen haben. Bis jetzt scheint es, daß irgendeine Entscheidung nicht getroffen worden sei. Französischerseits wolle man bei den Regeln bleiben, die man in der Vergangenheit verfolgt habe, d. h. dem Militärkomitee in Versailles die Aufgabe überlassen, die Feststellungen der Militärkontrollkommission zu prüfen und daraus die Schlußfolgerungen zu ziehen, die erforderlich sind und die sich aus Art. 429 des Versailler Vertrages hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone ergeben. Britischerseits sei bereits angekündigt worden, und die „Times“ habe das auch gestern mitgeteilt, daß man nicht mehr auf der Festsetzung eines bestimmten Zeitpunktes bestehe und daß man anerkenne, daß sie ausschließlich von der Erfüllung der militärischen Klauseln abhängen müsse. — Was die Zusammenkunft zwischen Herris und Chamberlain anlangt, so sei noch kein bestimmtes Abkommen getroffen worden, obgleich man sich grundsätzlich hierfür entschieden habe. Das gleiche sei auch der Fall für die später stattfindende interalliierte Konferenz, die etwa am 17. oder 18. März stattfinden solle. Augenblicklich neige man mehr dazu, sie in Brüssel als in London oder Paris stattfinden zu lassen.

Was die Beteiligung deutscher Vertreter anbelange, so will der „Petit Parisien“ erfahren haben, daß diese Frage jetzt ausgeglichen sei. Die einzige ins Auge gefaßte Möglichkeit der Einladung deutscher Vertreter sei, daß man Deutschland gestatte, Einwendungen gegen die getroffenen Maßnahmen vorzubringen.

W.D. London, 26. Febr. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, der Gedanke des englisch-französischen Pakt ohne Deutschlands Beteiligung finde entschieden weniger Anhänger in ministeriellen Kreisen als der Gedanke des gegenseitigen regionalen Abkommens zwischen diesen Mächten und Deutschland. Letzterer Pakt würde, wie seine Verfechter sagen, mehr dem Geiste des Völkerbundes entsprechen und die Spaltung in Europa in zwei rivalisierende Lager verhindern und zugleich bewirken, daß Deutschland nicht in die Arme Sowjet-Rußlands oder irgend einer asiatischen Kombination getrieben wird. In französischen Kreisen werde Loucheurs Gedanke einer autonomen neutralisierten westfälischen Rheinlandrepublik innerhalb des Reiches bei gleichzeitiger Postremung von Preußen unter Aufsicht des Völkerbundes weiterhin viel erörtert, als eine Art Pufferstaat zwischen Frankreich und Deutschland.

#### „Öffnet die Ästen!“

Unter der Überschrift „Öffnet die Ästen!“ schreibt die „Zeit“ Stresemanns: Die Chicagoer „Daily News“ veröffentlicht eine Reihe von Angaben, die angeblich dem Bericht der Militärkontrollkommission entstammen. Trotzdem noch nicht darüber entschieden ist, ob und wann der Bericht veröffentlicht wird, gelangen dennoch Mitteilungen aus dem Bericht in die Öffentlichkeit. Dieser Fall der amerikanischen Zeitung ist nicht der einzige. Er scheint allerdings deshalb von besonderer Bedeutung zu sein, weil es sich hier um eine Kampagne handelt, die in den Vereinigten Staaten die Stimmung zu Ungunsten Deutschlands beeinflussen soll. Deutschland befindet sich diesem Verfahren gegenüber in einer untraglichen Lage. Es ist allen diesen Verdächtigungen schütlos preisgegeben. Unter diesen Umständen wird es immer mehr eine dringende Notwendigkeit, daß der Kontrollbericht veröffentlicht wird. Das deutsche Volk kann verlangen, daß mit ihm ehrliches Spiel getrieben werde, daß man ihm endlich durch die Bekanntgabe des Berichtes Einfluß in die Ästen gestatte.

Dr. Friedensburg, der neue Polizeipräsident von Berlin Landrat Dr. Friedensburg aus Rosenburg in Westpreußen ist kommissarisch mit der Leitung des Berliner Polizeipräsidiums betraut worden. Bisher hat Regierungsrat Wolff als Polizeipräsidentenstellvertreter die Geschäfte des Polizeipräsidiums nach der Verfassung des Polizeipräsidenten Richter in den einstweiligen Ruhestand geführt. Landrat Dr. Friedensburg, der als hervorragend tüchtiger Beamter gilt, war bei den letzten Reichstagswahlen demokratischer Spitzenkandidat für Ostpreußen, drang aber nicht durch.

Senator Mc. Cormick †. Der amerikanische Senator Wendell Mc. Cormick ist in Newport plötzlich gestorben, anscheinend an inneren Blutungen. Deutschland verliert mit ihm einen treuen Freund. Mc. Cormick war auch vor einiger Zeit als amerikanischer Botschafter für Berlin genannt worden. Er hat Deutschland in verschiedenen Senatsreden verteidigt. In der letzten Zeit ist Mc. Cormick durch seine Reden hervorgetreten, die Frankreich wegen der Aufrechterhaltung seiner Rüstungen angriffen, die mit dem Gelde bezahlt wurden, das besser zur Schuldentilgung verwendet werde.

Ein Jubiläum der französischen Republik. Zu Beginn der Nachmittagsitzung der französischen Kammer erinnerte am Mittwoch Kammerpräsident Painlevé in einer kurzen Ansprache daran, daß am 25. Febr. 1875 die Nationalversammlung die Grundzüge der republikanischen Verfassung angenommen habe.

# Politische Neuigkeiten

## Die Untersuchung der Finanzaffären

Im preussischen Untersuchungsausschuss für die Darmstädter-Affäre wurde zunächst General a. D. v. Eibonius, Aufsichtsrat und Berater im Michael-Kongern, vernommen. Er betonte, dass anlässlich einer geschäftlichen Differenz zwischen dem Michael-Kongern und der Staatsbank Dr. Hellwig und Dr. Mühe als Schiedsrichter fungiert hätten. Während oder vor dem Schiedsgericht war von einer Honorierung der Schiedsrichter nicht die Rede; aber jeder, der im Wirtschaftsleben steht, weiß, dass Schiedsgerichte honoriert werden und zwar verhältnismäßig hoch. Ich schlug daher Michael einen Satz von 20 000 M. für jeden vor. Bei dem recht hohen Objekt hätten sich bei genauer Ausrechnung ungefähr 50 000 Mark Gebühren ergeben. Da es in Groß-Berlin üblich ist, in solchen Fällen dem Schiedsrichter die zwei- bis dreifachen Gebühren eines Anwaltes in der Berufungsinanz zu gewähren. Ich habe den Scheck den Herren überbracht. Damit war die Sache erledigt. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, er könne nicht sagen, dass die Staatsbank als Institut zum Schiedsrichter gewählt wurde, oder ob Mühe und Hellwig persönlich um die Tätigkeit ersucht wurden. Der Staatsbankpräsident Schröder erklärt dazu, die Staatsbank als Institut sei nach seiner Erinnerung niemals um eine Schiedsrichterliche Tätigkeit angegangen worden. Eibonius erklärt auf weitere Fragen, er habe erst in allerletzter Zeit erfahren, dass die beiden Herren ausserdem von Michael ein Honorar von 12 000 M. erhielten, das nach seiner Meinung nicht unverhältnismäßig hoch sei, denn die beiden Schiedsrichter hätten auch lange und anstrengende Arbeit zu leisten gehabt. — Abg. Rath (Soz.) fragt, ob nach den Dienstvorschriften der Staatsbank es zulässig sei, dass Unterbeamte zu solchen Diensten von höheren Beamten in Anspruch genommen würden. — Schröder erklärt dazu, er erfahre jetzt erst von dieser Inanspruchnahme. — Auf die Frage, ob dem Zeugen nicht bekannt sei, dass Mühe und Hellwig entscheidenden Einfluss auf die Kreditgewährung hätten, erklärt v. Eibonius, für Michael hätten die Kredite der Staatsbank zu jener Zeit gar keine Rolle gespielt.

Im preussischen Landesuntersuchungsausschuss für die Landbesitzbriefenaffäre erklärte Geheimrat Rering, dass er schon seinerzeit seiner Aufsichtsbehörde, namentlich dem Ministerialdirektor Conze und dem Ministerialrat Kaiser von Geschäften mit Bismarck Kenntnis gegeben habe. Daraus erklärt Conze erregt, dass es Rering jedenfalls gelang, ihn zu täuschen. Weitere Fragen beantwortet er dahin, dass an Bismarck ein Teil der Gesamtkredite, nämlich 250 000 M. durch Lüders ohne weitere Sicherheit ausbezahlt worden sei. Im übrigen wisse er und Rering besonders, dass er die Verantwortung für die Geschäfte mit Bismarck trage, bitte aber, ihm den guten Glauben nicht abzuspüren, da er bei seiner feinerzeitigen Berichterstattung ordnungsgemäß verfuhr.

Zu der Meldung eines Berliner Mittagsblattes, monach Dr. Höfle zum Offenbarungseid geladen und ferner 12 000 Mark, die Dr. Höfle bei einem Bekannten deponiert habe, beschlagnahmt worden seien, teilt der „Tag“ mit, dass Dr. Höfle den Offenbarungseid längst geleistet habe. Über sein Vermögen bestimme beim Reichspostministerium vollkommene Klarheit. Von einer Beschlagnahme von 12 000 M. zugunsten der Post sei dem Reichspostministerium nichts bekannt.

## Verurteilte württembergische Kommunisten

Der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik in Leipzig beschäftigte sich mit den im Oktober 1923 in Freudenstadt und Umgebung verübten Diebstählen von Waffen und Munition, die bei kommunistischen Partisanen verwendet werden sollten. Es erhielten der Landtagsabgeordnete Eugen Haller 2 Jahre Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe, der Bauunternehmer Ulfshäuser 2 Jahre Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe, Salau 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, Woelke, Börner, Kampy und Hirtweiner je 1 Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe. Siegwart erhielt 9 Monate Gefängnis, 4 bis 9 Monate Freiheits- und die Geldstrafe werden allen Angeklagten auf die Untersuchungshaft angerechnet.

## Wahlreform in Ungarn

Die ungarische Regierung hat ihren Wahlrechtsentwurf veröffentlicht, demzufolge das aktive Wahlrecht jedem 24-jährigen Manne zusteht, der seit 10 Jahren ungarischer Staatsbürger und seit 2 Jahren in derselben Gemeinde wohnhaft ist und vier Volksschulklassen erfolgreich absolviert hat. Bei Frauen ist das aktive Wahlrecht an das 30. Lebensjahr und die Absolvierung von 6 Volksschulklassen gebunden. Absolventen der Hochschulen besitzen das Wahlrecht ohne Ansehen des Lebensalters und Geschlechtes. Wählbar sind alle, die das aktive Wahlrecht besitzen und das 30. Lebensjahr erreicht haben.

Die Einteilung der Wahlbezirke wird durch ein besonderes Gesetz erfolgen. Die Abstimmung ist im ganzen Lande obligatorisch.

Der überaus umfangreiche Gesetzesentwurf enthält die Neuerung, dass die Abgeordneten einen Eid auf den ungarischen Unterlassung des Eides hat Mandatsverlust zur Folge. Die Tätigkeit der Abgeordneten soll frei von jedem fremden Einfluss sein. Befehlungen von außerhalb des Abgeordnetenlaufes stehenden Partisanen dürfen nicht angenommen werden, andernfalls kann das Abgeordnetenhaus das Mandat als erloschen erklären.

Kollets Militärsystem. Der vom Präsidenten der französischen Republik geleitete „Oberste Rat der nationalen Verteidigung“, welchem die Marschälle sowie die bekanntesten Generale angehören, wird sich jetzt mit dem Projekt des Kriegsministers Kollet für die Reorganisation des französischen Heeres auf der Grundlage des Militärsystems beschäftigen. General Petain, der zurzeit eine Inspektionsreise durch Nordafrika unternimmt, wurde zur Teilnahme an diesen Beratungen telegraphisch zurückberufen.

Eine englische Gewerkschaftsallianz mit 25 Millionen Arbeitern ist in der Bildung begriffen. In London sollen für die nächste Woche Zusammenkünfte zwischen den Vollzugsausschüssen der Bergarbeiter und denen des nationalen Verbandes der Eisenbahner, des Verbandes der Lokomotivmaschinenisten und Heizer, des Vereinigten Maschinenistenverbandes, der Transportarbeiterunion, sowie des nationalen Transportarbeiterverbandes stattfinden, um gegenseitige Aktionen im Falle künftiger Krisen zu erörtern. — Laut „Westminster Gazette“ würde die aus diesen Bestrebungen hervorgehende Quadrupel-Allianz einschließen: die Bergarbeiter und alle Zweige des Transportdienstes und der Maschinenisten.

Gold in französisch Guayana. Die französische Regierung hat beschlossen, eine Mission nach Guayana zu schicken und dort nach Gold graben zu lassen. Man nimmt an, dass es möglich sein werde, jährlich für etwa 12 Millionen Fr. Gold zu gewinnen und glaubt sogar, dass dieser Betrag allmählich überschritten werden könne.

## Kurze Nachrichten

Nach 50 Jahre alt. Der Führer der demokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Koch feiert heute seinen 50. Geburtstag. Koch war Reichsminister des Innern in den Kabinetten Bauer, Müller und Fehrenbach.

Die großen Steuerentwürfe der Reichsregierung werden vom morgigen Freitag ab im Reichsrat beraten. Dieser Beratung voraus geht eine Aussprache der Finanzminister der Länder, die am heutigen Donnerstag in Berlin stattfindet. Finanzminister Dr. Müller hat sich zur Teilnahme an diesen Beratungen, die für die Finanzen der Länder von außerordentlicher Wichtigkeit sind, nach Berlin begeben.

Die Aufwertung. Aus Berlin wird gemeldet, dass der Reichsfinanzminister von Schlieben für heute die Führer der Reichstagsfraktionen eingeladen hat, um mit ihnen die Aufwertung zu besprechen und ihnen die Auffassung der Regierung mitzuteilen.

Das Gesetz zum Schutz der Republik. Die Nachricht einer Berliner Zeitung, dass die Regierung der Länder zu einer Aufhebung über die Frage der Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik aufgefordert worden seien, entspricht, wie W.D. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen.

Ein Jahr Regierung Marx. Der frühere Reichspresseschef Spicker hat ein Buch verfasst, das sich „Ein Jahr Marx, die Rettung Deutschlands“ nennt und einen Rückblick auf die Arbeit des Reichskabinetts Marx und die Genesung Deutschlands wirft.

Für Begnadigung Beigners. Von der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit ging dem sächsischen Landtag ein Antrag zu, der vom Gesamtministerium die Begnadigung des ehemaligen Ministerpräsidenten Beigner fordert.

Der Ausfall der thüringischen Kommunalwahlen. Wie das thüringische Presseamt mitteilt, hatten in den Stadtreisen des Landes Thüringen die Linken (Sozialdemokraten und Kommunisten) vor der jehigen Wahl 189, jetzt 130, mithin verloren sie drei. Sämtliche bürgerliche Parteien verfügten in den Stadtreisen bisher über 169 Vertreter, jetzt über 174, mithin haben sie fünf gewonnen. In den Landreisen hatte die Linke früher 97 Vertreter, jetzt 87, also hat sie 10 verloren. Die sämtlichen bürgerlichen Parteien hatten früher 119 Vertreter, jetzt 137 und haben 18 gewonnen.

Verfassungsänderung in Lübeck. Nach Wittermeldungen wurde in einer sehr stürmisch verlaufenen Sitzung der Lübecker Bürgerchaft der Senatsantrag auf Verkleinerung des Senates von 10 hauptamtlichen und 4 nebenamtlichen Mitgliedern auf 7 bzw. 3 mit Zweidrittelmehrheit in erster Lesung angenommen. Fast wäre es zu einem lässlichen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gekommen.

Die Märzmiere in Preußen. Aus Berlin wird gemeldet: In der Berechnung der gesetzlichen Miere für den Monat März tritt gegenüber dem Vormonat keine Änderung ein. Es bleibt bei dem Februarfuß von 66 bzw. 62 vom Hundert.

## Badischer Teil

### Zur Erkrankung des Reichspräsidenten

Der badische Staatspräsident Dr. Hellpach hat dem Reichspräsidenten Ebert zu seiner Erkrankung die aufrichtigste Teilnahme der badischen Regierung und die herzlichsten Wünsche für rasche Wiedergenesung übermittle.

### Badischer Landtag

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet die 22. Sitzung mit der Bekanntgabe zahlreicher Eingänge. Auf der Tagesordnung stehen die Bahnfragen.

Der Berichterstatter Abg. Fischer-Freiburg (Zentr.) ergänzt seine Darlegungen vom Freitag mit dem Antrag, ein inzwischen eingegangenes Gesuch des Interessenaussschusses für den Bahnbau Titisee-St. Blasien durch die Beschlüsse des Haushaltsausschusses für erledigt zu erklären.

In der Aussprache nimmt zunächst Abg. Engelhard (Zentr.) das Wort, um auf die wirtschaftliche Notlage des hinteren Necktales zu verweisen, die nur durch die baldmögliche Fertigstellung und Inbetriebnahme der ersten Teilstrecke der Necktalbahn bis Ketschthal abgemildert werden könne. Die badische Regierung möge mit allem Nachdruck die erforderlichen Schritte bei der Reichsregierung tun. Es werde sich keineswegs um eine Defizitbahn handeln.

Abg. Wilsch (D. Vpt.) begründet eine förmliche Anfrage betr. den Ausbau der Necktalbahn zwischen Raumünzahn und Klosterreichenbach. Wie beim Necktal, so erheische auch hier der Holzreichtum allein schon die beschleunigte Fortführung der Bahnlinie.

Die Regierung wird gefragt, ob sie bei der Reichsregierung einen Zuzuschuss zum Bahnbau erwirken oder den Staatsgerichtshof anrufen will, damit das Reich auf seine Verpflichtungen hingewiesen wird, oder ob Baden bereit sei, zusammen mit Württemberg einen verzinsslichen Zuzuschuss zum Bau der Necktalbahn zu bewilligen.

Namens des Finanzministeriums antwortet Oberregierungsrat Dr. Esger. Nach § 17 des Eisenbahnstaatsvertrages ist das Reich zur Fertigstellung der in den Ländern begonnenen beziehungsweise schon früher genehmigten Bahnbauten verpflichtet, soweit ein Bedürfnis vorliegt und die wirtschaftliche Lage der Reichsbahn kein Hindernis bildet. Es wurde seither nichts unternommen, um in Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium die Vollendung der Bahnbauten zu erreichen. Inzwischen trat eine wesentliche Verschiebung der Verhandlungsgrundlage durch die Auswirkungen des Eisenbahngesetzes vom 11. Oktober ein. In § 43 wird ausdrücklich festgestellt, dass der § 17 des Eisenbahnstaatsvertrages für die neue Reichsbahn-Gesellschaft nicht wirksam sei. Vertragsgegner ist also einzig das Reich. Die Gesellschaft hat sich auf den Standpunkt gestellt, dass die wirtschaftliche Lage der Reichsbahn nicht gestatte, die unfernen Bahnbauten in Baden aus eigenen Mitteln zu vollenden. Man sei dazu aber grundsätzlich bereit, sofern von dritter Seite, vom Lande und den Interessenten Mittel zur Verfügung gestellt werden. Zur Vollendung der 14 in Frage kommenden badischen Linien sind verhältnismäßig geringe Mittel notwendig, so für Titisee-St. Blasien 400 000 Mark, Oppenau-Griesbach 600 000 Mark und für die Necktalbahn 24 Millionen. Das Streben Badens geht dahin, die eben genannten, von der Reichsbahn selbst als baufähig bezeichneten Strecken bis zum Endpunkt durchzuführen. Ebensovienig verzögerten wir darauf, Forderungen für die anderen genannten Linien zu erheben. Die Regierung beabsichtigt, mit dem Reichsverkehrsminister als einzigen Vertragsgegner wegen Fertigstellung aller Bahnbauten ins Be-

nehmen zu treten. Wir gehen dabei von der Unterstellung aus, dass es dem Reich möglich sein müsste, dem Lande die Mittel zu verschaffen, die etwa seitens der Reichsbahn-Gesellschaft gefordert werden sollten. Ähnlich liegen die Dinge bei den Bahnwünschen im ganzen Reich, so dass es angebracht scheint, die eigenen Wünsche gemeinsam mit jenen der anderen Länder vorzutragen.

Der Regierungsvorsteher äußert sich schließlich über den Stand der Bahnbauten in Baden.

Mannheim bedarf nach der Verlegung der Zufahrtslinien zum Personenbahnhof. Auch ist die Erweiterung des Hofenbahnstalles noch nicht ausgeführt. Die Baugesetze für den Bahnhofsneubau in Heidelberg dürfte 6 bis 8 Jahre beantragen. Im Gegensatz zu Heidelberg betrachtet man die Erweiterung des Freiburger Bahnhofs nicht als unter den § 17 des Eisenbahnstaatsvertrages fallend, wohl aber die Verlegung der Güterentlastbahn. Mit dem Neubau des Aufnahmegebäudes in Pfaffenloren dürfte in Wäde begonnen werden, nachdem im ordentlichen Haushalt die erste Rate eingestellt ist.

Nachstehend lassen wir die angefangenen bzw. schon früher genehmigten badischen Bahnbauten folgen:

Medarheinach-Schönan, Lintenheim-Muffheim, Bretten-Kirnbach, Weissenbach-Landesgrenze, Oppenau-Griesbach, Titisee-St. Blasien, Hardheim-Königsheim, Osterburken-Merchingen, Offenburg-Kork, Wolfach-Kippoltsau, Gattingen-Schwandenreuth, Engen-Renzingen, Unterstrübingen-Meesburg und die Linie Stadach-Fridingen.

Abg. Duffner (Zentr.) vertritt die Interessen St. Blasien und der anderen am Bahnbau interessierten Gemeinden.

Abg. Maier-Seidelberg (Soz.) glaubt nicht an eine Förderung der Bahnwünsche durch Debatten in diesem Hause. Man sei im Ausschuss über den badischen Standpunkt völlig einig gewesen. Das Zentrum wolle aber aus den Bahnfragen Kapital für die nächsten Landtagswahlen schlagen. Der Redner setzte sich dann für die Erschließung des Steinachtals und die Bahnwünsche des Hinterlandes ein. Was der Regierungsvorsteher über den Heidelberger Bahnhofsneubau sagte, fenne ihn nicht befriedigen. Man sehe herzlich wenig von den Bauarbeiten oder baue man etwa unterirdisch? Die Entwicklung der Stadt nach Westen sei völlig gehemmt, solange der Bahnhof nicht vollendet und die Frage der Straßenführung nicht gelöst sei. Nirgends bestiehe eine größere Gefahr für den Betrieb als in Heidelberg bei den heutigen Zuständen. Deshalb müsse das Möglichste geschehen, um den Bahnhofsneubau rasch vorwärts zu bringen. Dass die Verlegung der Oberwaldbahn gleichfalls noch lange auf sich warten lasse, Dinge auch nicht sehr erfreulich.

Abg. Fiegelmaier-Oberkirch (Zentr.) polemisiert gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer Haltung am letzten Freitag. Er begründet dann einen Antrag, die Linien Titisee-St. Blasien, Oppenau-Griesbach und Raumünzahn-Klosterreichenbach als vordringliche Aufgaben zu bezeichnen.

Abg. Dertle (Landbau) vertritt sich für die Bahnbauten Osterburken-Merchingen und Hardheim-Königsheim.

Abg. Großhans (Soz.) begründet einen Antrag, die Reichsbahndirektion Karlsruhe um baldige Inangriffnahme der Verbindungsbahn Engen-Renzingen zu ersuchen, die längste projektiert ist und vom Landtag am 26. März 1920 genehmigt wurde.

Abg. Wittemann (Zentr.) polemisiert gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Maier und bringt anschließend zur Sprache, wie notwendig die Bahnlinie Hardheim-Königsheim sei, die er zum Gegenstand eines Antrages gemacht habe.

Abg. Seubert (Ztr.) befürwortet einen Antrag auf beschleunigte Durchführung der Bahnlinie Wolfach-Kippoltsau.

Abg. Weighaupt (Ztr.) begrüßt die Mitteilung des Regierungsvorsterees bezüglich des Pfaffenloren Bahnhofs und erinnert aber auch an die Opfer welche die Stadt dafür gebracht hat. Der Redner unterrichtet ferner die allen Bahnwünsche der Bodenbesitzer und des Begaus. Er hält im Interesse des Ost-Westverkehrs besonders die Verbindungslinie Gattingen-Schwandenreuth.

Abg. Hoffmeyer (Dem.) vertritt die Ansicht, dass Baden in Bezug auf sein Bahnnetz nicht den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes gefolgt sei. Es müsse daher zum mindesten gefordert werden, dass die angefangenen Bahnbauten mit Zuzuschüssen des Reiches baldigst zur Vollendung kommen.

Der Redner verweist u. a. auf die außerordentliche Dürftigkeit des hinteren Necktales in wirtschaftlicher Beziehung. Mit Autolinien sei da nicht zu helfen. Er betont im übrigen, dass alle Bahnwünsche Berücksichtigung hätten und die Regierung nichts anderes tun könne, als beim Reich auf Erfüllung der Vertragsbedingungen gemäß § 17 zu dringen. Alles was heute auf morgen erwarten zu wollen, hieße im Optimismus zu weit gehen.

Abg. Amann (Ztr.) begrüßt es, dass man auch die entlegenen Gegenden des Landes mit ihren Bahnwünschen unterfütze.

Abg. Schmidt-Bretten (Dnt.) ist gegen die vorzugsweise Verhandlung irgendeiner Bahnlinie. In einzelnen beschäftigt er sich mit dem Bahnbau Bretten-Kirnbach und der Notwendigkeit des Bahnhofsneubaus in Pfaffenloren.

Auch Abg. Schneider-Seidelberg (Ztr.) setzt sich für die wirtschaftliche Hebung des Steinachtals durch eine Bahnlinie ein. Jetzt beständen dort die wichtigsten Verhältnisse für die Bewohner, da sich weder die Industrie, noch Gewerbe und Landwirtschaft entfalten können. Der Redner beklagt dann das langsame Tempo beim Heidelberger Bahnhofsneubau im Hinblick auf die für die Stadt nachgerade unerträglichen Verkehrsverhältnisse.

Abg. Fischer-Freiburg (Ztr.) begleitet auch seinerseits die verschiedenen Bahnwünsche mit empfehlenden Worten und macht nähere Ausführungen zum Nachweise für die Dringlichkeit des Freiburger Bahnhofsneubaus. Dass er nicht auf die lange Bank geschoben wird, dafür möge sich die Regierung in Berlin einsetzen.

Es folgt eine Polemik des Abg. Dr. Föhr (Ztr.) gegen die Sozialdemokraten wegen der Vorgänge vom Freitag.

Abg. Saß (Ztr.) unterfützt die Ausführungen des Abg. Wittemann zum Bahnbau Hardheim-Königsheim. Der Redner beklagt lebhaft die völlig unzulänglichen Verkehrsverhältnisse für das badische Hinterland, das schon früher unter dem Eindruck stand, dass es stiefmütterlich behandelt werde. Es verheißt zu wenig Züge; auch fehle es an Schnellverbindungen und geeigneten Anschlüssen. Man brauche Tage, um nach Lauda zu gelangen.

Abg. Müllert (Soz.) betont neben den wirtschaftlichen die kulturellen Gründe für den Ausbau der Bahnlinien. Wenn man in das schöne Necktal komme, so finde man keine Worte dafür, dass die Bahn nicht weitergeführt wird. Ein solcher Zustand sei aufkeimlich nicht vertretbar. Um der reich entwickelten Industrie willen müsste das Geld für die noch fehlenden 12 Kilometer unbedingt aufgebracht werden.

Abg. Arnold (Soz.) verweist auf Mängel in der Zufahrt zum Mannheimer Personenbahnhof, wobei er betont, dass die Wünsche bezüglich des Bahnhofsneubaus in Mannheim nicht zu spät gekommen seien.

Abg. Ritter (Komm.) stimmt allen Anträgen zur Verbesserung der Bahnbauten zu.

Abg. Maier-Seidelberg (Soz.) entgegnet dem Abg. Dr. Föhr mit einer nachdrücklichen Rechtfertigung des Verhaltens seiner Fraktion am letzten Freitag.

Mit kurzen Bemerkungen des Abg. Seubert (Ztr.), die sich gegen den Abg. Maier (Soz.) richten, wird die Debatte geschlossen.

Auf eine kurze Geschäftsordnungsdebatte folgt die Abstimmung.

Der Ausschussantrag, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck auf die Fertigstellung der Bahnlücken Titisee-St. Blasien, Oppenau-Griesbach, Raunmünzach-Klosterreichenbach, Bretten-Kirnbach, Redarsteinach-Schönau, und Lindenheim-Kirchheim hinzuwirken, wird einstimmig angenommen, der Vorbringungsantrag Ziegler-Oberkirch mit 31 gegen 25 Stimmen. Auch die nachträglich eingegangenen Anträge aus dem Hause finden fast durchweg einstimmige Annahme. Nächste Sitzung Freitag vorm. 9 Uhr, Schluß nachm. 1/2 Uhr. Der heutige Nachmittag bleibt für Ausschuss- und Fraktions-sitzungen frei.

**Der Haushaltsauschuss zu den neuen Reichsteuern**  
Am vorigen Dienstag nahm der Haushaltsauschuss des Landtags zu den jetzt bekannt werdenden Vorlagen über die neuen Reichsteuern in längerer Aussprache Stellung. Berichterstatter war Abg. Müller (Ztr.).

Der „Bad. Beobachter“ teilt darüber mit:  
Als erster Gesetzentwurf steht zur Beratung: Der Entwurf des Reichsbewertungsgesetzes; soweit Reich, Land und Gemeinden Wertsteuern erheben, soll künftig der Steuerwert für alle diese Steuern ein einheitlicher sein. Dazu ist folgendes vorgesehen: Im ganzen Reich werden nach Landesfinanzansätzen oder sonst bestimmten Wirtschaftskategorien die landwirtschaftlichen Normalbetriebe größter Ertragsfähigkeit ausgesucht und der Wert derselben in Hunderttausend ausgedrückt und in Beziehung gesetzt. Der Berichterstatter äußert schwere Bedenken gegen die Zustimmung zu dem Gesetz, es scheint ihm auf norddeutsche Verhältnisse zugeschnitten.

Von Regierungsseite wird erklärt, Baden habe eine sehr zurückhaltende Stellung im Reichsrat eingenommen, denn das Gesetz bedeute einen weiteren Eingriff in die Finanzhoheit der Länder. Die Verhältnisse in Baden sind zu differenziert, um als eine Wirtschaftseinheit erfasst zu werden, wie dies in Norddeutschland möglich ist. Voraussetzlich werden die süddeutschen Länder gemeinsam gegen das Gesetz stimmen.

Ein Zentrumsredner erklärt, daß er die Bedenken des Berichterstatters und des Regierungsvertreters vollständig teile. Baden will die Limitierungsbestrebungen nicht mitmachen, der Redner betont die Berücksichtigungsmöglichkeit der Einzelfälle. Was hier für Norddeutschland sich als günstig erweise, wäre mit Rücksicht auf unsere starke Parzellenwirtschaft nachteilig. Von einem Regierungsvertreter wird mitgeteilt, daß Baden 4,6 Millionen Einzelgrundstücke umfasse, 4,8 Millionen Acker werden in 200 000 Betrieben bewirtschaftet, die Eigentümer dieser Grundstücke belaufen sich auf 754 430 Personen. Auch von Landbauern wird Stellung gegen das Gesetz genommen. Von demokratischer Seite wird auf die Vorzüge einer einheitlichen Veranlagung hingewiesen. Von sozialdemokratischer Seite wird die in diesem Gesetz vorgeschriebene generelle Veranlagung als Beherrschung der Grundbesitzer angesehen. Von Seiten der deutschen Volkspartei wird ein vernünftiger Grundgedanke in dem Gesetz anerkannt, der ist aber nur durchführbar, wenn die Finanzhoheit der Länder beschränkt bleibe. Die ablehnende Haltung der übrigen süddeutschen Länder erschweren die Verhandlungen.

Von Regierungsseite wird erklärt, daß Baden und Württemberg ihre ablehnende Haltung behalten werden bei der Konferenz in Berlin am Donnerstag, den 26. Februar. Es wird vorgeschlagen über die Anwendung des Gesetzes auf die Länder zwei Jahre Erfahrung zu sammeln. Von deutschnationaler Seite wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es noch gelingen könne, im Einverständnis mit Bayern und Württemberg zu einem für uns günstigen Kompromiß zu kommen. Der Berichterstatter wendet sich gegen die Art und Weise, wie der Gedanke der wirtschaftlichen Einheit erfasst ist. Für das landwirtschaftliche Vermögen und Grundvermögen sind die Vorläufe nicht durchführbar, der kleinere und mittlere Besitz darf nicht unter die Acker kommen, er liege dem Gesetz sehr unheimlich gegenüber. Ein sozialdemokratischer Redner fragt an, ob bei den einheitlichen Bewertungsbestrebungen auch den durch die geographische Lage bedingten Differenzierungen (Versteuerungen durch Frachterschwererungen usw.) in der Industrie Rechnung getragen sei; er stimme dem Vermittlungsvorschlag auf Verchiebung zu, der von Regierungsseite gemacht worden sei.

Die Beratung über das Gesetz hatte den ganzen Vormittag in Anspruch genommen. Zu Beginn der Nachmittags-sitzung wird von Zentrumsseite die Ablehnung des Entwurfs in seiner jetzigen Fassung vorgeschlagen. Die Abstimmung über das Gesetz wird vertagt, bis die Fraktionen ihre Meinung zu dem Gesetzentwurf geäußert haben. Der Ausschuss geht nun zur Beratung des Entwurfs über das Steuerüberleitungsgesetz.

Die nachfolgende regelmäßige Veranlagung zur Einkommen- und Körperschaftsteuer findet erstmals wieder nach dem Einkommen statt, das im Kalenderjahr 1925 oder in einem in diesem Jahr endenden Wirtschaftsjahr bezogen wird. Für das Jahr 1924 wird nur eine vereinfachte Veranlagung zur Einkommensteuer stattfinden, es kommen Abschlagszahlungen in Betracht. Im übrigen rügt der Berichterstatter die unsocialen Momente der Artikel 6, 8 und 18 des Gesetzes. Der in Aussicht genommene Tarif ist für die großen Vermögen zu niedrig. Ein Zwischenruf von Zentrumsseite über die unsocialen Handhabung des Gesetzentwurfs gibt Veranlassung zu einer Erklärung von Regierungsseite über die unsocialen Momente in dem Gesamtapparat dieser Gesetzentwürfe. Die vorgesehene Reichsteuer scheint die Bildung großer Vermögen zu fördern, dem gegenüber steht der Steuerabzug von 10 Proz. für Lohn- und Gehaltsempfänger, das ist für die badische Regierung untragbar.

Der badische Finanzminister will beantragen, daß die Gehalts- und Lohnsteuer von 10 Prozent auf 8 Prozent herabgesetzt werde. Die Durchdringung der Gesetzgebung mit unsocialen Momenten muß energisch abgelehnt werden. Von sozialdemokratischer Seite wird daraufhin auch dem Gesetz schärfste Opposition angekündigt; diese Steuererhebung sei die Dichtung für die Reichstagswahl am 7. Dezember.

Von Seite der deutschen Volkspartei wird dem widersprochen. Ein Zentrumsredner betonte, noch einmal die unsocialen Einschläge, auf die er schon einmal hingewiesen habe und gab der Meinung Ausdruck, daß nur eine generelle Beratung erfolgen könne, keine Spezialberatung, dazu sei die Zeit zu kurz.

Darauf folgt die Berichterstatterung über das Einkommensteuergesetz. Der Berichterstatter beanstandet, die zu niedrig gehaltenen Grenzen des steuerfreien Einkommens. Nach einigen Bemerkungen verschiedener Redner erfolgt der Bericht über den Entwurf des Gesetzes über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reichs, der Länder und Gemeinden, dem eine längere Erklärung seitens eines Regierungsvertreters

Erklärung seitens eines Regierungsvertreters folgt. Ein Zentrumsredner ist der Ansicht, das Gesetz sei für das Reich ein Vorteil, für die Länder ein Nachteil.

Der Berichterstatter geht zum Bericht über die Entwürfe der Körperschaftsteuer und beanstandet die Bevorzugung der G. m. b. H.

Als letzter Bericht erfolgt der Bericht über die Erbschaftsteuer. Die kinderlose Ehefrau ist nach diesem Gesetz schlechter gestellt in der Erbschaftsfolge als früher. Für die Kinder ist ein Erbschaft von 3000 Mark als steuerfrei vorgesehen, Enkelkinder sollen die doppelte Steuer bezahlen. Gegen diese drei Dinge wendet sich der Berichterstatter, anschließend verlangt ein Zentrumsredner das Freiteil für die Kinder hinaufzusetzen, die kinderlose Ehefrau nicht schlechter in der Erbschaft zu stellen als früher und den Erbschaft der Enkel nicht doppelt zu belasten.

Die Beschlüsse des Ausschusses werden für den badischen Finanzminister richtunggebend sein für die Stellung, die er diesen Gesetzentwürfen gegenüber einnimmt bei der Steuerkonferenz im Reichsrat.

### Südwestdeutsche Verkehrs wünsche

Auf einer Verkehrs-konferenz deutscher Handelskammern, die Ende des vorigen Monats in Leipzig stattfand, wurde ein vorläufiger Ausschuss der Verkehrsinteressierten gegründet, dem neben einer Anzahl nord- und mitteldeutscher Handelskammern aus Süddeutschland die Handelskammern Mainz, Mannheim, Stuttgart, München und Nürnberg angehören. Der Ausschuss betreibt die Einigung einer künftigen Fahrplan-Konferenz bei der Reichsbahn und hat inzwischen der Reichsbahn-Hauptverwaltung auch bereits die Wünsche der einzelnen Bezirke bezüglich der Ausgestaltung des Fahrplans vorgelegt, um damit bei einer eventuellen Verzögerung in der Einigung der gewinnlichsten Kommission für den Sommerfahrplan 1925 nicht zu spät kommen. Der Nord-Südverkehr wurde dabei von der Handelskammer Mannheim bearbeitet, die diesbezüglich u. a. die folgenden Wünsche und Anregungen äußert:

Der bereits zugesagte D-Jug-Bahnhof über Köln muß im nächsten Fahrplan aufgenommen sein, und zwar mit wesentlich beschleunigter Fahrzeit, wenn er seinen Zweck als internationale Konkurrenz-Verbindung gegen Belgien-Frankreich-Schweiz erfüllen soll. Die Züge D 85/86 müssen getrennt gefahren werden als Hamburg, Berlin- und Holland-Züge und müssen gute Anschlüsse von und nach dem Gotthard erhalten. Der einstündige Aufenthalt des D 85 in Hannover muß in Wegfall kommen.

Die Schwarzwaldb-Züge müssen ab bzw. bis Karlsruhe von den Basler Zügen getrennt gefahren werden. Die Ausgestaltung des Fahrplans der Schwarzwaldbahn und anschließend der Bodensee-Gürtelbahn im Übergang nach den schweizerischen und österreichischen Bundesbahnen muß sich die Reichsbahn angelegen sein lassen. Dasselbe gilt von der Linie Basel-Waldshut-Schaffhausen-Konstanz, deren Fahrplan für die anfallende bedeutende Industrie völlig ungenügend ist. Die Dillental-Bahn, die Verbindung der Rheintal mit Freiburg quer durch den Schwarzwald mit dem württembergischen Eisenbahnnetz, wird nur zeitweise von einem Eilzugspaar durchfahren. Die Linie ist für den Verkehr des äußersten Südwestens und Wesels nach Ulm-München von außerordentlicher Wichtigkeit. Es ist zum mindesten die dauernde Führung des Eilzuges notwendig.

Einer weiteren Verbesserung bedarf die Verbindung Saarbrücken und der Pfalz mit Mannheim, als Anschluß an die internationale Durchgangsstrecke. Ebenso muß der Verkehr vom Oberrhein nach Oden und Neckar verbessert werden. Mannheim hat außer einem beschleunigten Regionenzugspaar 853/854 keine durchgehende Verbindung mit Nürnberg. Es wäre wünschenswert, wenn das frühere Zugspaar 115/116 wieder eingelegt und gleichzeitig eine Nachmittags-Verbindung zwischen Nürnberg und Mannheim mit guten Anschlüssen an den Durchgangsverkehr geschaffen würde. In nördlicher Richtung bedarf vornehmlich die Verbindung mit Mainz und darüber hinaus einer starken Verbesserung. Im besonderen erfordert der internationale Durchgangsverkehr über Frankfurt-Basel eine bessere Versorgung mit Schlafwagen. Solche Verbindungen sind zu schaffen von Basel nach Holland, Hamburg und Bremen, Leipzig und Dresden.

Grundsätzlich bittet die Kammer, ihren Forderungen voranzustellen, daß die Rheintalstrecke durch die Besetzung von Teilgebieten und die Abriegelung des Durchgangsverkehrs schwere Schädigungen erlitten hat, welche die südwestdeutsche Wirtschaft überwinden kann, wenn alle Teile der Reichsverwaltung — hier das Reichsverkehrsministerium und die Reichsbahngesellschaft — ihr Hilfe leisten.

### Bad. Landesauschuss für Leibesübungen

Am 2. und 3. Mai findet in Karlsruhe die Landesversammlung des Badischen Landesauschusses für Leibesübungen und Jugendpflege statt. Die Generalversammlung des Landesauschusses, welcher eine Sitzung der Ortsgruppen vorhergeht, ist auf Sonntag, den 3. Mai, 11 Uhr vormittags festgesetzt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. der Geschäfts- und Rechenschaftsbericht, sowie die Neuwahlen.

Der Landesauschuss für Leibesübungen und Jugendpflege, ergänzt durch Vertreter der Sport- und Jugendverbände, hat auf Anregung des Unterrichtsministeriums des Erzstifts Baden Ordinarials und des Evang. Oberkirchenrates eine Entscheidung gefasst, worin er sich bereit erklärt, bei den ihm angeschlossenen Verbänden darauf hinzuwirken, daß Jugendliche an den Sonntagen bis 11 Uhr vorm. zu turnerischen und sportlichen Pflichtenübungen nicht herangezogen werden. Die Verbände ihrerseits bestritt sind, Umzüge und größere Veranstaltungen an Sonntag Vormittagen nach Möglichkeit zu vermeiden und auf die Ortsfeste und Gebräuche Rücksicht zu nehmen. Allgemein wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß der Samstag nachmittag vollständig freigemacht wird, die notwendige Anzahl Spielplätze geschaffen und ausreichende Mittel zur Unterstützung der Vereine und Verbände von Staat und Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Die katholischen Jugendverbände stellten weitergehende Forderungen zur Sonntagsheiligung, die der an das Unterrichtsministerium geleiteten Entscheidung beigestimmt. Sie waren von Geisl. Rat Dr. Jauch vertreten worden.

### Kommunale Rundschan

Ein Erholungsheim für Mannheimer Kinder. Die Stadt Mannheim plant im Odenwald bei Redarsteinbach die Gründung eines Erholungsheims für Mannheimer Kinder. Am Sonntag weilte eine Mannheimer Kommission in Redarsteinbach, um mit den Gemeindevertretern diese Angelegenheit zu beraten.

Für den Bürgermeisterposten in Waldbrunn hatten sich 20 Bewerber gemeldet. Bei der Prüfung der Bewerbungen schieden 16 davon aus und vier Kandidaten in die engere Wahl, darunter zwei Juristen, ein Bürgermeister und ein Beamter. Die Kommission stellte Richtlinien für die kommende Wahl auf und war sich einig darüber, daß der zukünftige Bürgermeister ein Fachmann mit starkem Arbeitswillen besitzt und keine Beziehungen zu Waldbrunn hat.

## Aus der Landeshauptstadt

### Volkstrauertag

Den Höhepunkt der aus Anlaß des Volkstrauertages hier geplanten Veranstaltungen wird die Gedächtnisfeier bilden, die am Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Kriegerfriedhofe vorgesehen ist. Sie wird von dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Ortsgruppe aktiver, durchgeführt und auf dem gleichen Platze stattfinden, wie die Gedächtnisfeiern an Allerheiligen. Der Platz und seine Umgebung wird durch die Stadtverwaltung mit Vorbeerbäumen und sonstigem Grün geschmückt sein; hinter dem Rednerpult wird die Stadtverwaltung ein ebenfalls grün umkleidetes Ehrenmal aufbauen. Die Teilnehmer an der Feier, die gebeten sind, in schwarzer, der Bedeutung des Tages Rechnung tragender Kleidung ohne Vereinsabzeichen u. dergl. zu erscheinen, versammeln sich zwanglos auf den Wegen, die zu dem für die Feier vorgesehenen Platze führen; der Platz selbst wird durch städtische Bedienstete und Polizeimannschaften abgesperrt sein. Ein geschlossener Zug durch den Friedhof findet nicht statt.

Das Programm für die Gedächtnisfeier, zu dessen Durchführung sich die Kapelle der Vereinigung Badischer Polizeimusiker und die Karlsruher Sängervereinigung in freundschaftlicher Weise zur Verfügung gestellt haben, ist folgendes:

1. Musikvortrag: Trauermarsch aus dem Oratorium „Saul“ von Händel.
2. Gesangsvortrag: „Sanctus“ aus der „Deutschen Messe II“ von Schubert.
3. Gedächtnisanrede (Herr Stadtpfarrer Wilhelm Schulz).
4. Kranzniederlegungen.
5. Gesangsvortrag: „Über den Sternen“ von Flemming.
6. Musikvortrag: „Ich hatt' einen Kameraden“.

Die Stadtverwaltung wird das Ehrenmal auf dem Kriegerfriedhofe mit einem Lorbeerkränze schmücken, ebenso Kränze niederlegen an den Kriegergräbern auf dem alten Friedhof und am Kriegerdenkmal. Auch die badische Staatsregierung und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge werden am Ehrenmal auf dem Kriegerfriedhof Kränze niederlegen. In den Tageszeitungen ist die Bevölkerung zur Teilnahme an der Feier bereits eingeladen worden. Besondere Einladungen ergehen nicht.

Für die Vertreter der Behörden werden Plätze beim Ehrenmal vorbehalten. Das städtische Bahnamt wird den Straßenbahnverkehr vor und nach der Feier hinreichend verstärken. Es ist sehr zu wünschen, daß die Bevölkerung der Feier durch zahlreichen Besuch die richtige Weihe gibt.

**Gaubannerweihe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.** Die Weihe des Gaubanners des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 15. März wird dadurch eine besondere Bedeutung gewinnen, daß sich die gesamten badischen Formationen des Reichsbanners daran beteiligen werden. Bundesführer Göring wird Gelegenheit nehmen, die Kameraden der südwestlichen Grenzmark des Reiches zu begrüßen.

**2. Sozialhygienische Ausstellung.** In Karlsruhe findet am 2. bis 4. März d. J. ein dreitägiger Lehrgang über das Thema „Gesundheitspflege und Schule“ statt, der hauptsächlich Lehrern und Lehrern gewidmet ist. In Verbindung damit findet in der Zeit vom 3. bis 22. März in der städt. Ausstellungshalle eine sozialhygienische Ausstellung statt.

**Landestheater.** Für den heutigen Donnerstag ist die dritte Aufführung der neuinszenierten großen tragischen Oper „Mienzi“ von Richard Wagner vorgesehen. Am Sonntag, 1. März, gelangt Wagners „Der fliegende Holländer“ zur Wiebdergabe. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Wilh. Franz Reuß vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg, als Gast, unter dessen Stabführung das VII. Sinfonie-Konzert am Montag, den 2. wie auch Wagners „Meisterlanger von Nürnberg“ am Dienstag, den 3. März stehen werden. Lessings Meisterluftspiel „Minna von Barnhelm oder das Soldatengeld“, das am Samstag, den 28. Februar, von Felix Baumbach neuinszeniert, zum erstenmal wieder in Szene geht, wird auch in völlig neuem von Emil Burckard hergestelltem szenischen Rahmen erscheinen. — Mit Ausnahme des „Wirts“ (Sugo Höder), sind sämtliche Rollen neu besetzt: neben Martha Moeller in der Titelrolle und Siegfried Nürnbergberger als „Major von Tellheim“, wirken die Damen Verlow und Murchhammer, sowie die Herren Herz, Prüter und von der Trend-Ulrici in den übrigen führenden Aufgaben mit.

Die Mailänder Opern-Stationen wird am 10. März im Landestheater „Troubadour“ und am 12. März „Cavalleria rusticana“ und „Bajazzo“ zur Aufführung bringen. Die Stationen ist in ihrer Art das größte Unternehmen, welches bisher in Deutschland gastierte. Die erste Aufführung bringt uns die Belanntschaft der dramatischen Sängerin Turner, der Altistin Offers und des Baritons Banelli, die zu den hervorragendsten Vertretern der Mailänder Scala gehören. Ferner wird noch am ersten Abend auftreten der Heldentenor Lois, der in Italien als ein spezieller Vertreter des „Mancico“ gefächert wird, besonders mit seinem blendenden hohen C. (Er singt die Stretta in der Originaltonart). Auch die zweite Aufführung bietet die Belanntschaft einer Reihe hervorragender Kräfte. — H. a. Frau Pauline Cornelius, die Interpretin der Nedda. Die Vorstellungen stehen unter Leitung von Maestro Gasio Tanga, der jahrelang der Generalmusikdirektor von Gregor an der Römischen Oper in Berlin war. Für Regie und künstlerische Leitung zeichnet Dr. Ernst Vert, Regisseur an der Mailänder Scala, früher Intendant der Städtischen Bühnen in Basel und Frankfurt.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**D.3. Mannheim, 25. Febr.** Wirtl. Geh. Oberregierungsrat Max Cornelius, hier, ist aus dem Leben geschieden. Er war u. a. Vorsitzender des Aufsichtsrates der Zellstoff-Fabrik Waldhof.

**D.3. Heidelberg, 25. Febr.** Vor einigen Tagen fand hier eine vom Deutschen Verkehrsband, Abteilung Straßen- und Kleinbahnen, einberufene, von allen in Frage kommenden badischen und württembergischen Städten sehr stark besuchte Straßenbahnerkonferenz statt, die sich mit den gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigte.

**Daueneberstein, 25. Febr.** Der älteste Verein in unserer Gemeinde, der bekannte „Sängerbund Daueneberstein“ feiert dieses Jahr am 7. Juni sein 70. Stiftungsfest verbunden mit Jahrestag und Gesangsweilfest. Ein Delegiertentag findet am nächsten Sonntag, den 1. März in der „Krone“ in Daueneberstein statt.

## Letzte Nachrichten

### Herabsetzung des Reichsbankdiskonts

**W.D. Berlin, 26. Febr. (Tel.)** Die Reichsbank hat den Wechseldiskont von 10 auf 9 Prozent und den Lombardzinsfuß von 12 auf 11 Prozent mit Wirkung vom heutigen Tage ab herabgesetzt.

